

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Dienstag, dem 03.09.2024 um 17:02 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:02

Ende:
20:15

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel
Stv. Annette Braun-Kohl
AM Manfred Kupke
Stv. Annette Leonhardt
Herr Gerhard Rosendahl

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Jörg Dürr bis 18.15 Uhr
Stv. Martin Haesen
Stv. Jens Niklaus ab 18.15 Uhr
AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger
Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Vertretung für Herrn Dr. Rolf Brockmeyer

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Techn. Beigeordnete

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

TA Guido Mering

TA Silke Böhm

VA Paulina Betthaus

Frau Anja Klöckener

VA Alexander Lingemann

StOAR'in Kirsten Voosen-Reinhardt

Gäste

Herr Georg Wilhelm Adamowitsch

Herr Uwe Heistermann

Herr Wolfgang Wahle

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:02 Uhr die 25. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die anwesenden Gäste und die Vertreter der Presse - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Bestellung eines Schriftführers für den UMA Vorlage: 60/072/2024

Beschluss:

„Als Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan wird Vfw Beyer bestellt. Für Vertretungsfälle wird TA Fischer bestellt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es gibt keine Befangenheitsmitteilungen.

3./ Nachhaltigkeitseinschätzung bei Beschlussvorlagen Vorlage: WTK/061/2024

Protokoll:

VA Betthaus erläutert die Vorlage.

Stv. Braun-Kohl ist der Ansicht, dass sich bei manchen Vorlagen die Nachhaltigkeitsziele gegenseitig beeinflussen. Dies müsse im Rahmen der geplanten Evaluierung in 2026 überprüft werden.

Beschluss:

Der UMA nimmt die Ausführungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitseinschätzung

bei allen Beschlussvorlagen des Rates und seiner Gremien zur Kenntnis. Die Verwaltung wird die Nachhaltigkeitsprüfung, wie mit dem Ratsbeschluss vom 25.03.2021 festgelegt, weiter umsetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4./ Hochwasserschutzkonzept für Gruiten - hier: Zwischenbericht Vorlage: 66/098/2024

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl zeigt sich erfreut darüber, dass die IG Hochwasser Gruiten-Dorf der Politik das 10-Punkte-Programm des Landtages sowie ein Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf zur Verfügung stellen konnte. Weniger erfreulich sei, dass sich auch zu dieser Sitzung niemand von der Bezirksregierung bereit erklärt habe, vor dem UMA Stellung zu nehmen.

Stv. Lukat verdeutlicht, dass es bei dieser Thematik nicht ausschließlich um Hochwasserschutz, sondern auch um den Umgang mit dem Thema Starkregen gehen sollte. So vermisse sie weiterhin den seitens der Verwaltung angekündigten Klimaanpassungsmanager.

Es besteht Einvernehmen, die Sitzung zu unterbrechen, um den Vertretern der IG Hochwasser die Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Hr. Adamowitsch führt aus, nachhaltige Schutzmaßnahmen ließen sich nur begründen, wenn der gesamte Flussverlauf der Düssel betrachtet werde. Alle betroffenen Kommunen müssten eine Gesamtbetrachtung der Düssel durchführen. Man schlage daher die Gründung eines Zweckverbandes zum Hochwasserschutz der Düssel vor, der die Gutachterausswertung übernehmen solle.

Stv. Dürr entgegnet, zwar den ganzheitlichen Ansatz zu unterstützen, aber keine weiteren Sonderstrukturen wie einen weiteren Zweckverband schaffen zu wollen. Hier könne man durchaus auf bestehende Strukturen zurückgreifen (BRW/ZV Neanderthal).

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, dass die Bezirksregierung jetzt den Prozess der Ausweisung eines Risikogewässers für Düssel und Kleine Düssel angehe, sei auf jeden Fall zu begrüßen.

Die Interessengemeinschaft habe auch in jedem Fall Recht damit, dass der Hochwasserschutz ganzheitlich zu betrachten sei. Genau das habe der von Stadt und BRW beauftragte Gutachter aber getan und Frau Wedmann vom BRW habe uns dies in den vorangegangenen Sitzungen immer wieder erklärt: Die Berechnungen des Gutachtens bezögen sich nicht nur auf Gruiten-Dorf, sondern das Einzugsgebiet von

Düssel und Kleiner Düssel und der Bereich werde darüber hinaus genauso weit betrachtet, wie es fachlich notwendig sei. Rückhaltmaßnahmen oberhalb von Gruiten hätten allerdings KEINE Auswirkungen auf Erkrath und Düsseldorf. Der räumliche Abstand sei zu groß, auf der Strecke dazwischen fließe einfach zu viel "neues Wasser" dazu, das dann eben nicht mehr zurückgehalten werden könne. Zur Klarstellung weist sie ferner darauf hin, dass die Bezirksregierung eine Förderung der MASSNAHMEN zum Hochwasserschutz abgelehnt habe. Eine Förderung des KONZEP- TES innerhalb des sog. Wiederaufbauplans sei noch nicht abschließend beschieden. Der BRW bemühe sich hier weiterhin um eine Förderung.

TA Mering ergänzt, die Erkrather hätten tatsächlich nicht isoliert gehandelt, deren Maßnahmen seien mit Haan abgesprochen gewesen. Es sei aber zu berücksichtigen, dass nicht alle Maßnahmen, die Gruiten-Dorf schützen, auch Erkrath helfen.

Hr. Adamowitsch betont, auch der Denkmalschutz müsse stärker berücksichtigt werden.

Stv. Lukat verweist auf die Sachvorträge des BRW im letzten UMA am 28.05., hier seien alle Fragen beantwortet worden. Es existierten bereits alle erforderlichen Gremien.

Auch **Stv. Rehm** sieht viele der 9 aufgelisteten Punkte als nicht zustimmungsfähig an.

Stv. Braun-Kohl legt noch einmal dar, dass die Zuständigkeit für Problematik bei BRW und Verwaltung, nicht aber bei der IG Hochwasser Gruiten-Dorf liege. Sie möchte noch wissen, ob der entstandene Schaden auf dem Stadtgebiet bezifferbar sei.

TA Mering erklärt, im Bereich der Stadtentwässerung habe es auf dem kompletten Haaner Stadtgebiet keine nennenswerten Schäden gegeben. *Die Antwort zu Schäden bzgl. der Straßenunterhaltung werde zu Protokoll gegeben.* Die Bezirksregierung könne keinen außergewöhnlich betroffenen Denkmalschutz in Gruiten-Dorf erkennen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der monetäre Schaden durch die Flutwelle im Juli 2021 im Bereich Straßenunterhaltung auf Haaner Stadtgebiet betrug lt. Auskunft der Kämmerei: 187.461,65 €.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ VRR-Nahverkehrsplan 2025: Beteiligung der kreisangehörigen Städte **Vorlage: 61/098/2024**

Protokoll:

Stv. Dürr erklärt, die Stadt Haan sei tatsächlich nur in zwei Punkten unmittelbar betroffen. Die Fraktionen seien dazu eingeladen, ihre Anmerkungen an den AK ÖPNV weiterzuleiten.

Stv. Lukat signalisiert seitens der WLH-Fraktion die Zustimmung zu den Qualitäts- und Sicherheitsstandards.

Stv. Braun-Kohl dankt seitens der CDU-Fraktion Fr. Böhm und Hr. Stolz für die Stellungnahme der Verwaltung, insbesondere die Erwähnung des on demand-Verkehrs sei ein wichtiger Baustein zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV.

Beschluss:

Der UMA verweist die Stellungnahme der Verwaltung zum VRR-Nahverkehrsplan 2025 an den AK ÖPNV.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Lärmaktionsplanung der Stadt Haan der 4. Runde **- hier: Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, Beschluss des Lärmaktionsplans** **Vorlage: 61/097/2024**

Protokoll:

Stv. Lukat stellt den unmittelbaren Nutzen der Lärmaktionsplanung für den Bürger in Frage. Es handele sich oft nur um Geldausgaben, um EU-Vorgaben zu erfüllen. So sei die Einrichtung von Tempo 30 auf der B 228 für Straßen.NRW uninteressant.

Hr. Heistermann weist darauf hin, dass der Bundestag die StVO angepasst habe und es nun einfacher sei, eine Tempo 30-Zone auszuweisen.

Die Nachfrage von **Stv. Dürr**, wann hier mit Erlass der Durchführungsbestimmungen zu rechnen sei, kann er nicht beantworten.

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der Lärmaktionsplan der 4. Runde gem. § 47d BImSchG in der Fassung vom 16.08.2024 wird beschlossen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7./ IKK-Maßnahme M-3 Umsetzungsstrategie Radverkehr
- hier: Vorstellung der harmonisierten Steckbriefe aus dem Radverkehrskonzept Kreis Mettmann und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Haan zur Diskussion zum weiteren Vorgehen
Vorlage: 66/096/2024**

Protokoll:

Der Vorsitzende **Stv. Endereß** hatte zwecks Einordnung der Steckbriefe im Vorfeld der Sitzung die schriftliche Sammlung der Eingebungen und spätere Beratung nach Aufarbeitung durch die Verwaltung vorgeschlagen und das Wohlwollen der Fraktionen von CDU, SPD und WLH vernommen. Die GAL-Fraktion habe mittels Ausarbeitung zu den Steckbriefen angezeigt, schon in der Sitzung diskussionsbereit zu sein.

Stv. Lukat hält es für wichtig herauszustreichen, welche Maßnahmen davon tatsächlich umsetzbar seien und welche finanzielle Aufwendung hierfür anzusetzen wäre. Eine Sondersitzung halte die WLH-Fraktion für unnötig, sie werbe dafür, den ADFC Haan mit ins Boot zu holen.

AM Pieper bietet in diesem Sinne seine Mitarbeit an.

Stv. Braun-Kohl hält eine gemeinsame Beratung und Auswertung der Steckbriefe für die effizienteste Variante, weil die Verwaltung dann nicht fünf verschiedene Stellungnahmen zusammenführen müsse.

Auf Nachfrage sichert **TA Mering** zu, den s.g. Wegedetektiv zur Verfügung zu stellen.

Stv. Rehm sieht ein bereits erhöhtes Arbeitspensum für Verwaltung und Politik, das er nicht mit einer weiteren Arbeitsgruppe belasten möchte. Er schlage vor, die Fraktionen sollten kurzfristig die Steckbriefe beraten und über den Vorsitzenden der Verwaltung zuführen. Diese erstelle dann zu nächsten UMA-Sitzung eine Vorlage.

Beschluss:

Die Fraktionen beraten die einzelnen Steckbriefe und leiten dem Vorsitzenden ihre Ausarbeitung zu. Die Verwaltung führt alle Ausarbeitungen in einer Übersicht zusammen. Die Beratung dieser erfolgt in der nächsten UMA-Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8./ Antrag der GAL-Ratsfraktion vom 06.02.2024 zur Parkraumbewirtschaftung in Haan
Vorlage: 66/094/2024**

Protokoll:

Auf Antrag der GAL-Fraktion gilt es zu prüfen,

1. welche Auswirkung die Anhebung der Gebühr für Bewohnerparken auf 120 € / jährlich hätte bzw. ob es praktikabel ist, eine Gebühr in Abhängigkeit der Fahrzeuggrößen in Rechnung zu stellen

Stv. Lukat meint, eine plötzliche deutliche Erhöhung der Gebühr sei dem Bürger nicht vermittelbar. Sie frage sich, wie hoch der Verwaltungsaufwand tatsächlich sei und aus welchem Grund die Verwaltung nicht von sich aus die Erhöhung vorgeschlagen habe. Bis zur Sitzung des HFA möge die Verwaltung darlegen, wie hoch der Verwaltungsaufwand bei einer schrittweisen Anhebung der Gebühr sei.

Auch **Stv. Haesen** hält eine schrittweise Anhebung der Gebühr für erforderlich.

Stv. Rehm ist vor allem die Neuaufstellung der Satzung wichtig, die 120 € könnten erstmal als Platzhalter benutzt werden.

2. die Vor- und Nachteile einer bsplw. 6-monatigen Begrenzung der Ausstellung einer Genehmigung

Stv. Braun-Kohl sieht einen erhöhten Verwaltungsaufwand und die Gefahr eines Missbrauches durch Inhaber von Saisonkennzeichen.

Vertreter von SPD- und WLH-Fraktion plädieren für mehr Flexibilität und Auswahlmöglichkeit für die Bürger.

3. welche Straßen sich für weiteres Bewohnerparken eignen (insbesondere Kölner Str./Horst)

Stv. Lukat bittet die Verwaltung um Prüfung, wie das Abstellen von Wohnmobilen auf

den Parkplätzen verhindert werden könne.

TA Mering sieht hier keine alternative Abstellmöglichkeit.

Stv. Braun-Kohl bittet die Verwaltung um Prüfung, ob ein kombiniertes Modell aus Anwohnerparken und Parkscheibenregelung auf der Diekerstr. möglich sei.

Stv. Lukat bekräftigt für die WLH-Fraktion keine weitere Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zu wollen.

4. warum auf dem Parkplatz Kirchstraße fünf Stunden geparkt werden darf und
5. weshalb auf der Landstraße in zwei Bereichen der Parkraum bewirtschaftet wird

Stv. Rehm sieht die 5-Stunden-Regelung auf der Kirchstraße als nicht sinnvoll an, auf der Landstraße möchte die GAL keine Änderung vornehmen.

Stv. Lukat pflichtet bei, die 5-Stunden-Regelung mache nunmehr keinen Sinn mehr.

TA Mering bietet an, an der Kirchstraße auf zwei Stunden anzupassen.

Stv. Rehm möchte eine Lösung für die car-sharing-Parker finden. Dies müsse in die Satzung integriert werden, um das car-sharing attraktiver zu machen.

Stv. Lukat möchte verhindert wissen, dass solche Parkausweise dann missbräuchlich herumgereicht werden.

Darüber hinaus besteht Einigkeit, das kostenlose Parken für E-Autos während des Ladevorgangs beizubehalten, um das emissionsfreie Fahren zu fördern.

Stv. Rehm wirbt erneut für die Abschaffung der Brötchentaste.

Stv. Braun-Kohl befürchtet in diesem Fall einen Aufschrei der Händlerschaft in der Innenstadt, die enorm von den Kurzparkern profitiere.

Stv. Niklaus kündigt eine Enthaltung der SPD-Fraktion an, weil man Argumente für beide Seiten nachvollziehen könne.

Der Antrag der GAL, die Brötchentaste abzuschaffen, wird mit 4 Ja- und 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

1. Der UMA empfiehlt dem Rat, die Verwaltung damit zu beauftragen, eine Satzungsänderung und eine Anhebung der jährlichen Gebühr für das Bewohnerparken auf 120 € vorzunehmen.
2. Der UMA empfiehlt dem Rat, die Verwaltung damit zu beauftragen, eine Satzungsänderung zu bewirken und den Bürgern die Option auf 6 oder 12 Monate für einen Bewohnerparkausweis zu lassen.

3. Der UMA empfiehlt dem Rat, die Verwaltung damit zu beauftragen, zu prüfen, inwiefern für die Diekerstr. ein kombiniertes Modell von Bewohnerparken und Parkscheibenregelung umsetzbar wäre.

4. Der UMA empfiehlt dem Rat zu beschließen, dass E-Autos während des Ladevorgangs bis zu 2 Stunden kostenfrei parken können.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) 10 Ja- und 7 Nein-Stimmen

zu 2.) **abgelehnt**, 7 Ja- und 10 Nein-Stimmen

zu 3.) einstimmig

zu 4.) einstimmig

**9./ Sachstandsbericht der Projekte des Tiefbauamtes
Vorlage: 66/097/2024**

Protokoll:

Es werden die möglichen Standorte für die Fietsvlonder besprochen.

Stv. Lukat erachtet für die WLH-Fraktion den Standort vor der Bücherei als optimal, am jetzigen Standort fielen gleich drei Parkplätze am Neuen Markt weg. Die Fietsvlonder solle noch begrünt werden.

TA Mering erinnert daran, dass der UMA in seiner letzten Zusammenkunft mit breiter Mehrheit gegen diesen Standort gewesen sei.

Nach weiteren Standort-Vorschlägen, die von der Verwaltung als nicht durchführbar erklärt werden, verbleiben drei Standort-Optionen, die zur Abstimmung gestellt werden.

1. der aktuelle Standort am Neuen Markt

wird mit 5 Ja- und 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen **abgelehnt**

2. der Standort vor der Bücherei

wird mit 4 Ja- und 13 Nein-Stimmen **abgelehnt**

Eine Nachfrage der WLH-Fraktion zur Lichtsignalanlage an der Thunbuschstr. wird von **TA Mering** mit dem Hinweis beantwortet, dass die Verwaltung den Neubau mit der LSA an der Landstraße kombinieren wollte. Das Ausschreibungsergebnis sei jedoch so schlecht ausgefallen, dass nun eine neue Ausschreibung auf den Weg ge-

bracht werde.

Stv. Niklaus erkundigt sich nach der Option einer mobilen Lichtsignalanlage für die Übergangszeit.

Stv. Leonhardt ergänzt, sie wisse von Eltern aus dem Baumviertel, die ihre Kinder nicht mehr zu Fuß zur Schule schickten.

Auch die GAL-Fraktion unterstützt ein solches Provisorium.

Einstimmig beschließt der UMA: „An der Kreuzung Thunbuschstr. wird für die Übergangszeit eine mobile Lichtsignalanlage installiert.“

Die CDU-Fraktion fragt zum weiterhin fehlenden Bus-Wartehäuschen am carpe diem nach.

TA Mering erklärt, dies sei für den nächsten Zyklus in Planung, nimmt aber den Wunsch des UMA mit, dies vorzuziehen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung prüft die Aufstellung einer Fietsvlonder auf der Diekerstr. 99 (unterhalb REWE-Markt und gegenüber der Polizei).

Abstimmungsergebnis:

1. einvernehmlich
2. einstimmig

10./ Wibbelrather Weg sicherer machen - hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 06.07.2024

Protokoll:

Auch hier beantragt die WLH-Fraktion einen Ortstermin und meldet Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Für den TOP wird Beratungsbedarf angemeldet und ein Ortstermin vor der nächsten Sitzung des UMA vereinbart.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**11./ An der Schmitte sicherer machen
- hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 07.07.2024**

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, die WLH-Fraktion teile die Einschätzung der Verwaltung nicht, eine Gefahrenlage sei hier sehr wohl gegeben. Gerade Senior(inn)en hätten hier mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die Straßenverkehrsbehörde müsse im Kurvenbereich Schrittgeschwindigkeit anordnen.

Stv. Braun-Kohl erklärt, die CDU-Fraktion folge der Einschätzung der Verwaltung.

TA Mering betont, dass der UMA der Straßenverkehrsbehörde gegenüber keine Weisungsbefugnis besitze. Für eine entsprechende Anordnung müsse eine außergewöhnliche Gefahr vorliegen. Dort liegt nach Auskunft der Polizei aber kein Unfallschwerpunkt vor, deshalb dürfe sie hier nicht tätig werden.

Stv. Lukat beantragt einen Ortstermin vor der nächsten Sitzung und meldet für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Für den TOP wird Beratungsbedarf angemeldet und ein Ortstermin vor der nächsten Sitzung des UMA vereinbart.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**12./ Zustand Bahnhof Gruiten
- hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2024**

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Stv. Niklaus bittet die Verwaltung bis zum Start der Sanierung in 2026 um die regelmäßige Nassreinigung der Tunnelanlage.

Auf Nachfrage erläutert **TA Mering**, die Stadt zeichne für die Tunnelanlage, die Deutsche Bahn für die Treppenanlagen zu den Gleisen verantwortlich.

Stv. Niklaus beantragt die abgängige Tunnelanlage zur Graffiti-Nutzung freizugeben.

Die Verwaltung wird Kontakt zur Deutschen Bahn aufnehmen und kündigt eine Vorlage zur kommenden UMA-Sitzung an.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, mit der zuständigen Bahnhofsmanagerin Kontakt aufzunehmen und erneut eine Videoüberwachung auf den Bahnsteigen und in den Tunnelanlagen sowie mehr Präsenz des Sicherheitsdienstes der DB zu fordern.
2. Die Verwaltung wird gebeten, in Absprache mit der DB eine regelmäßige Grundreinigung der Treppen und Tunnelanlagen zu gewährleisten. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, etwas gegen die wiederkehrenden Überschwemmungen des Tunnels zu unternehmen.
3. Die Verwaltung wird gebeten, die Beleuchtung in der Unterführung zu verbessern.
4. Um regelmäßige Berichte über den Kontakt zur Bahn und die Sanierungsfortschritte wird gebeten.
5. Bei der Kontaktaufnahme unter 1. ist abzufragen, ob die abgängige Bahnanlage zur Verschönerung durch Graffiti freigegeben werde.

Abstimmungsergebnis:

- 1.-4.) einstimmig
- 5.) 14 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Zur Anfrage „Lindenweg“ erklärt die Verwaltung, dass die Hilfsfristen von Kreis und Stadt eingehalten werden.

Zur Anfrage „LSA Parkstraße“ erläutert die Verwaltung den Begriff „in Ordnung“ mit akut nicht gefährdet, nicht auffällig.

Zur Anfrage „Sinterstraße“ ist **Stv. Niklaus** der Ansicht, ein Halteverbot sei ein zu hartes Eingreifen seitens der Verwaltung.

TA Mering erklärt, hier nach dem Rückschnitt des Bewuchses keine andere Möglichkeit zu sehen, um die Sichtdreiecke einzuhalten.

Stv. Lukat fragt, ob hier eine Geschwindigkeitsmessung angezeigt sein könne.

StA Klöckener streicht heraus, aufgrund der fehlenden Auffälligkeit an dieser Stelle bestehe kein Handlungsbedarf seitens der Straßenverkehrsbehörde.

Stv. Haesen fragt ob und wann eine Sanierung des Gehweges der Diekermühlenstr. vorgesehen sei.

Antwort der Verwaltung: Die Verwaltung erachtet eine Sanierung des Gehweges als nicht erforderlich.

Stv. Niklaus berichtet von einem nicht mehr existenten Rechtsabbiege-Pfeil an der Lichtsignalanlage Ellscheider Str.

TA Mering erklärt, hier werde der Kreis zuständigkeitshalber tätig.

Stv. Lukat berichtet über einen defekten Treppenaufgang aus dem Bachtal zur Stremannstr.

Bgm. Dr. Warnecke erinnert an den Mitte September geplanten Rundgang im Bachtal, bei dem alle Restarbeiten aufgenommen werden sollen.

Stv. Niklaus möchte wissen, ob auf der Thunbuschstr. Fahrtrichtung Bahnhof ab dem Netto-Discounter die Ausweisung von Tempo 30 möglich sei, was von **TA Mering** verneint wird.

Zur Anfrage „Beleuchtung Gaudigweg“ erläutert **TA Mering**, dass dies beim Dienstleister (Westnetz) offenbar in Vergessenheit geraten sei und nach Erinnerung nun in Angriff genommen werde.

Ergänzend zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage „Grünflächenpflege“ wird noch mitgeteilt, dass eine erneute Ausschreibung erfolgen muss, da zur Angebotsfrist keine Angebote eingegangen seien.

14./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, der DHU auf ihre Einlassung geantwortet zu haben, dass es sich hierbei gem. Geschäftsordnung des Rates um keinen Bürgerantrag handele, eine Behandlung der Fraktionen mit dieser Thematik dennoch ermöglicht werde.

Stv. Rehm teilt mit, dass an der Diekermühle ein dringender Grünschnitt erfolgen müsse, da die Straßenlaternen zugewachsen seien.

Stv. Braun-Kohl informiert darüber, dass die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ sich nach wie vor gegen die Ausweisung der Fläche „Buschfeld“ als Gewerbestandort wehre. Dies sei Wunsch der Solinger Politik, obwohl im Bereich „Monhofer Feld“ und „Keusenhof“ noch genügend Gewerbeflächen vorhanden seien. Die verkehrliche Erschließung des Buschfeldes würde über Haaner Stadtgebiet verlaufen. Demnächst werde der Regionalrat hierzu tagen und hoffentlich diese Gewerbefläche verhindern.